

Die erst in den beiden letzten Jahrzehnten den Schiffen gegebenen Torpedo-Armierungen sind sehr theuer, und neuerdings sind die Kosten für dieselben durch Einführung der Unterwasserlancierung noch erheblich gestiegen. Die Zahl der Rüstmaschinen an Bord ist bedeutend gewachsen; sie betrug auf „Preußen“ und „Stosch“ 14 bez. 7 und beträgt auf „Wörth“ und „Kaiserin Augusta“ 57 bez. 64. Daß hierdurch eine weitere Vertiefung der Schiffe einstreiten muß, liegt auf der Hand. Solche, an Bord der alten Schiffe entbehrlieh gebliebenen, aber auf den modernen Schiffen abso. u. notwendige Rüstmaschinen sind Zentrifugalventilatoren, Dampfmaschinen, Dynamomagneten, Anterlichtmaschinen, Dampfsteuerapparatpumpen, Manöverschießmaschinen, Torpedoluftkompressionspumpen, Bootschiffmaschinen, Thurmtriebsmaschinen u. s. w. Nicht unbedeutend vertheuern die besonderen Anlagen an Bord, wie die ganz namentliche elektrische Beleuchtung des Schiffsinners, die Dampfheizungsanlagen, die Dampfsteuerapparate und Schwinwerfer den Bau der modernen Schiffe. Bei einem Panzerschiff 1. Klasse kostet die elektrische Beleuchtungsanlage 75 000 Mark, die Dampfheizungsanlage 50 000 Mark und die beiden Dampfsteuerapparate zusammen rund 50 000 Mark. Schließlich ist der Schiffbau im Allgemeinen durch Erhöhung der Arbeitslöhne theurer geworden. Derselben sind natürlich bei den verschiedenen Handwerkskategorien verschieden, aber im Durchschnitt wesentlich im Laufe der letzten Jahre gestiegen, und zwar, wenn man die Jahre 1882 und 1896 mit einander vergleicht, um 7,4 Prozent in Wilhelmshafen und um 17 Prozent in Kiel. Diermit dürften alle Gründe, die zur Vertiefung des modernen Kriegsschiffbaues beitragen, aufgezählt und, soweit es der Raum gestattet, kurz erläutert sein. Aus dem auf militärischem Gebiete allgemein geltenden Grundsatz, daß die beste Waffe gerade gut genug ist, geht hervor, daß die Marineverwaltung sich den modernen Anforderungen in Bezug auf Schiffsgeschwindigkeit, Aktionsradius, artilleristische und Torpedo-Ausrüstung, sowie Panzerstich nicht entziehen kann, also gezwungen ist, die vorstehend kurz erläuterten Kosten in Anwendung zu bringen, um kriegsbrauchbare Schiffe herzustellen.

**Sanea**, 26. März. Der Kontrabandirail Sami Pascha landete heute Nachmittag an einem türkischen Transportschiff; zugleich wurde eine große Menge Munition und Pulver ausgeschifft. Der Kampf begann heute wieder und dauerte den ganzen Tag um die Dörfer Zifalaria, Nebrokaro und Dagan fort. Die Griechen in dem Fort Malaga schossen auf das türkische Geschwader in der Subabucht.

Prof. Schweninger hat wegen des gastfreundlichen Zustandes des Fürsten Bischoffs darum erlucht, den Gabelzug, der von Hamburg alljährlich am Vorabend des Geburtstages des Fürsten in Friedrichsruh veranstaltet wird, um einige Wochen zu verschieben. — Der Staatssekretär des Reichspostamtes Dr. v. Stephan hat auf ein Telegramm, das die Wiesbadener Postbeamten anlässlich der Zentenarfeier an ihn sandten, seinen Dank ausgesprochen und die Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er in einigen Wochen von seiner Krankheit genesen sein werde. Er werde dann zur Nacht nach Wiesbaden kommen. — Zum Oberbürgermeister von Potsdam ist gestern der zweite Bürgermeister Jacobine mit 29 Stimmen von 52 gewählt worden. 20 Stimmen fielen auf den Oberbürgermeister Vollmann ausuben. Der Gewählte wurde am 1. November 1888 zu Potsdam geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaften und machte mit 26 Jahren sein zweites Examen. In die städtische Verwaltung von Potsdam kam er im Jahre 1886 als Hilfsarbeiter; zwei Jahre später wurde er Stadtrat und 1894 zweiter Bürgermeister. — Der geschäftsteifste Artikel sind augenblicklich die schwarz-weiß-rothen Notarden für die Armee. Tag und Nacht wird, wie der „Konfektionär“ meldet, in den Fabriken gearbeitet, um dieselben für die Dienstjungen fertigzustellen. Vereinzelt sieht man schon die Offiziere der Armee die neuen deutschen Notarden tragen. — Der Fall, daß das Enthalten einer preussischen Fahne in Greiz bei der Hundertjahrfeier von der dortigen Polizei verboten worden, scheint in Greiz selbst für unnötig gehalten worden zu sein, wie man aus nachfolgender Aufklärung des „Greiz. Ztg.“ schließen muß: „Es ist wirklich wahr!“ Ein Herr Jacobs hatte die preussische Fahnen geholt und fand bei seinem Nachhausekommen diese entfernt. Auf seinen Einspruch beim Landratsamt wurde ihm die Antwort erteilt, daß die Fahnen entfernt wurden, weil sie verschiedentlich als Demonstration aufgefaßt worden sei und eventuell Gegenemonstrationen zu befürchten wären. Denen durch die Entfernung der Fahnen davon abgelenkt werden sollte. Das ist eine Erklärung, die wir nicht als stichhaltig gelten lassen können, denn es wehten in Greiz die Farben vieler Bundesstaaten am 22. März, warum sollten gerade die preussischen eine Demonstration sein? ... Wie wir hören, beabsichtigen Herr Jacobs und eine Anzahl Preußen wegen des Vorfalls beim preussischen Ministerium Beschwerde zu führen, und es ist anzunehmen, daß dieses wegen der Ungelegenheit um Aufklärung an die hiesige Regierung wenden wird.“ Trotz dieser trüben Nachricht aus Greiz scheint man dort den Mumm doch noch nicht ganz verloren zu haben. Denn etwas Belustigendes kann es wohl faun geben, als die Nachricht, daß Fürst Heinrich XXII. dem Reichsreut und Abgeordneten Dr. Sigi. in München die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen hat. — Auf Kiel wird gemeldet, daß gutem Vernehmen nach die sämtlichen drei bewilligten Kriegsschiffbauten Privatwerften übertragen werden sollen. — In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu Königsberg erfolgte die Befragung über die vielbesprochene Affaire des Oberpräsidenten Grafen Wilhelm Bischoff mit dem Oberbürgermeister Hoffmann. Der Vorsetzer theilte mit, daß eine Beschwerde an den Minister des Innern abgegeben sei; die Berammlung schied daher von einem Antrag in dieser Sache ab. — Wie aus Straßburg geschrieben wird, hat die Stadthalter das fernere Erscheinen der „Kolmarer Ztg.“ und des „Mühlhäuser Volksbl.“ verboten, weil, wie der offiziöse Draht berichtet, „beide Blätter zur Hundertjahrfeier unter dem Ueberdacht: Wir machen nicht mit“ einen Artikel brachten, der das Andenken Kaiser

— Die Oberlehrer der höheren Lehranstalten und ihre äußeren Verhältnisse sind Gegenstand einer längeren Verhandlung in der Bundeskommission des Abgeordnetenhauses gewesen. Die „Freie Zig.“ berichtet hierüber: Der Regierungstreter Geheimrath Dr. Gernar erklärte, das Hülflehrerwesen sei dauernd gebildet, nachdem man im vorigen Jahre das Verhältniß der Hülflehrer und Oberlehrer von 13:1 festgelegt habe. Es würden auch Hülflehrerstellen vorübergehend in Oberlehrerstellen umgewandelt. Da das Studium der Philologie im Allgemeinen abgenommen habe, so sei voranz zu setzen, daß in wenigen Jahren Kandidaten des höheren Lehramtes in sehr jungen Jahren zur Anstellung gelangen; es müsse darauf gehalten werden, daß das Anstellungsalter bei allen Vamtenfunktionen möglichst gleich sei. Da nunmehr auch durch die Vamtenbefolgungsvorlage eine weitere Erhöhung der Gehälter eintreten sei, und da man im Allgemeinen in den letzten Jahren außerordentlich viel für die Aufbesserung der Gymnasiallehrer gethan habe, so halte er ein weiteres für nicht notwendig. Als einzelne der vorkommenden Behauptungen in der Kommission von Abgeordneten bekräftigt wurden, wies Geheimrath Dr. Gernar darauf hin, daß in den letzten Jahren die Gymnasiallehrer in ihrem Gehalte so aufgebessert seien wie sie es selbst garnicht erwartet hätten; es sei unmöglich, den Wunsch eines jeden Einzelnen zu erfüllen, und man müsse nur an dem bestehenden Verhältniß festhalten, um so mehr als die Bezahlung auch garnicht unzufrieden seien und nur durch die fortwährende Agitation in der Landesvertretung Unzufriedenheit hervorgerufen werde. Die wurde in der Kommission lebhaft bekräftigt; es sei eine gerechte Forderung der Oberlehrer, die die dauernd notwendigen Stellen auch etwaemäßig besetzt würden. Abg. Wetekamp wies auf den mitgetheilten Tabellen nach, daß das Verhältniß der Hülflehrer zu den Oberlehrern ungünstiger sei als nach dem Verhältniß von 1:13. Geheimrath Dr. Köpke gab dies zu, meinte aber es würde nach Fertigstellung des Etats noch eine Anzahl Hülflehrerstellen in Oberlehrerstellen umgewandelt werden. Es kam dann noch die Einrichtung der Funktionszulagen zur Sprache. Geheimrath Dr. Köpke meinte, es erhielten alle Oberlehrer mit dem vollen Zeugniß die Zulage, ihm sei kaum ein Fall bekannt, in dem dies nicht geschehe. Aber auch diejenigen, die nur ein Zeugniß zweiten Ranges hätten, könnten die Funktionszulage bekommen, wenn sie in der Prozedur das nötige Bezeugniß nachweisen.

**Ausftadeam, 25. März.** Durch den plötzlichen Heimgang der Großherzogin von Weimar ist die kleine Anzahl der Prinzessinnen bei Dranien wieder um eine Trägerin dieses Namens vermindert worden, es bleiben nur noch die Königin Wilhelmine und Prinzessin Maria die Tochter des Prinzen Friedrich, die Fürstin von Weid übrig. Als nächste Agnatin des Großherzogs von Weimar ist Prinzessin Agathe Wilhelmine III. war nach den Bestimmungen der Verfassung Großherzogin Sophie im Falle der kinderlosen Absterben der Königin Wilhelmine zur Thronfolge berufen, also thätigst die Krone der Prinzessin des Königreichs der Niederlande, welches Recht nunmehr auf ihren Eufel Wilhelm Ernst übergeht, wobei übrigens zu bemerken ist, daß die niederländische Krone nicht zugleich mit der eines anderen Landes getragen werden kann. Nach dem Tause Weimar kommen die Nachkommen der Prinzessin Mariann einer Schwester Königs Wilhelm II., und die Gattin des Prinzen Albrecht von Preußen, die Reife, nach diesen werden die Nachkommen des Prinzen Friedrich, und zwar zuerst diejenigen der ältesten mit König Karl XV. von Schweden verheiratheten Tochter, also die Kinder des dänischen Kronprinzen und dann die Kinder der zweiten Tochter, die Prinzessin von Wied, zur Thronfolge berufen. — Wichtig und tiefgehend ist hier zu Lande in allen Schichten der Bevölkerung die Trauer um die Großherzogin Sophie, denn wiewohl sie alle Pflichten, die ihr angenommenes Vaterland an sie als Bundesmutter stellte, mit idealer Vollkommenheit genügte, war das Land, das sie die Heimath fesselte, dennoch ungemein innig mit ihr verbunden und das Volksbewußtsein oder die Seele des Volkes hatte auch nicht einen Augenblick aufgehört, sie trotz aller Staatsbedürfnisse und politischen Begriffe als eine der Irgenden zu betrachten. Wo es sich um die Förderung eines gemeinnützigen nationalen Zwecks handelte, stand Prinzessin Sophie in vorderster Reihe, der die Hülfen und Rath schafften. Manches Unternehmung, manche wohltätige Stiftung wurde durch ihre milde Hand vor dem Untergange bewahrt oder zu höherer Entwicklung gebracht. Dies wurde auch dankbar anerkannt in den Aufbitten, die ihr 1894 bei Gelegenheit ihrer goldenen Hochzeit aus allen Schichten des niederländischen Volkes dargebracht wurden, in welchen, welchen Maß sie im Herzen des Volkes aus dem sie hervorgegangen war, einnahm.

Donnerstag stiftete heute Nachmittag Salis-  
bury in der englischen Botschaft einen Besuch  
ab. Die beiden Staatsmänner hatten abermals  
eine längere Unterredung.

Die Deputirtenkammer berieth heute die Ab-  
änderungen, welche der Senat am Budget vor-  
genommen hat, und genehmigte die meisten dieser  
Abänderungen. Das Budget wird an den Senat  
zurückgeschickt müssen.

Unterwettigen Mesungen zufolge ist der  
Deputirte Maquet bereits vor mehreren Tagen  
nach London geschickt.

Obgleich das italienische Ministerium Rubini-Deputati-Benotto in der unlängst aufgelösten Deputantenkammer gegenüber den Angriffen von Seiten der Parteigänger Crispijs die Unterstützung der Republikaner und der Sozialisten zu erbalten pflegte, richtet die „Opinione“, das Organ des Konseilspräsidenten, doch an ihre politischen Freunde die Aufforderung, für die Kandidaten der konstitutionellen Opposition bei den am Sonntag bevorstehenden Stichwahlen gegen die Republikaner und die Sozialisten zu stimmen. „Es ist überflüssig zu sagen“, führt das der Regierung nahe stehende Organ aus, „daß unsere Freunde die Konstitutionellen gegen die Republikaner und Sozialisten unterstützen müssen, gleichviel ob diese Helfer oder Gegner des Ministeriums sind. Die ministerielle Frage ist untergeordnet gegenüber der Herausforderung, die mit den Namen der antimonarchischen Kandidaten gegen die Staatseinrichtungen geschleudert wird.“ Die „Opinione“ wärhelt allerdings zugleich die Regierung dagegen, daß sie einen Druck bei den Stichwahlen ausüben dürfte, wie denn auch dasselbe Blatt vor dem ersten Wahlgange für die Wahrung der Wahlfreiheit mit Entschiedenheit eingetreten ist. Unverkümmert sind die Republikaner und Sozialisten überlegen kommen, bei den bevorstehenden Stichwahlen gemeinsam vorzugehen. So hat die republikanisch-Bereinigting von Patium beschloffen, in Albano die Kandidatur des Sozialisten Podrecca zu unterstützen. Die übrigen Sozialisten wiederum werden im vierten hauptstädtischen Wahlbezirk für den republikanischen Kandidaten Zuccheri stimmen. Derselbe Verhaltungsweise soll auch in den anderen Wahlbezirken beobachtet werden.

Kopenhagen, 26. März. In hiesige Hoffkreisen verlautet, die Kaiserin Wittve von Rußland werde am Dienstag hier erwartet.

**Vorridt, 26. März.** Parlamentarische Untersuchungsausschuß. Das Verhör Schreiner durch Chamberlain, dessen Fragen darauf hinausgingen, darzuthun, daß die Beschlwerden der Mililandsers Begründet find, wurde fortgesetzt. „Mililandsers sollen die Mililandsers noch erlauben“, sagte Chamberlain, „wie lange sollen sie noch darauf warten, daß ihnen von Transbaal Zugeständnisse gemacht werden?“ Schreiner betonte in seiner Antwort wiederum das Vertrauen in die Freundschaft Transbaals. Als nächster Zeuge wurde Dr. Jameson aufgerufen; derselbe verlas eine lange Erklärung über die Reformbewegung in Johannesburg und über den Beisitz der Leiter dieser Bewegung, den Präsidenten Kruger zu zwingen, ein Plebiszit der ganzen Bevölkerung zu veranstalten. Jameson erklärte dann, er habe den Leitern der Bewegung thätige Unterstützung zugesagt und sich für verpflichtet gehalten, diesen Versprechen zu erfüllen. Rhodes habe von seinen Aufbrüchen nach Johannesburg keine Kenntniz gehabt, sei aber über die dem Aufbrüche vorhergegangenen Maßnahmen unterrichtet gewesen. Jameson sagte schließlich, er habe nicht recht guthun, weil ihm sein Vorgehen nicht gegnügt fei, hätte sein Vorgehen aber Erfolg gehabt, so wäre es ihm verziehen worden. Die Verhandlung wurde hierauf bis Dienstag vertagt.

Belgrad, 26. März. Im ganzen Land  
stiegen bei den Gemeindewahlen die radikalen  
Kandidaten.

Der „Morn. Post“ schreibt ein Korrespondent über Südafrika: Johannesburg wird vollständig von dem starken Fort beherrscht, welches auf dem Bopitshügel erbaut worden ist. Der gesamte nördliche Theil von Natal ist in den Händen von holländischen Farmern, die, wie allgemein bekannt, zu den Ueberzogenen zählen. In der Kapkolonie ist die Stimmung gegen England sehr stark. Der Afrikanerbund ist mehr patriotisch als loyal. Die Schwierigkeit der Kapstadt wird durch die Thatsache vernehmt, daß die Holländer wohl bewaffnet sind, während diese die Engländer nicht sind; diesen werden dazu alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, Waffen zu erlangen. So verweigerte erst kürzlich die Regierung ihre Genehmigung zur Errichtung eines Freiwilligenkorps in King Williamstown. Englische militärische Sachkenner sollen die Ansicht ausgedrückt haben, daß im Falle eines Krieges mit Transvaal 20 000 Mann reichlich genügen würden. Solch eine Ansicht ist aber falsch, und wirkliche Kenner sind hier der Ansicht, daß 50 000 Mann reichliche Verwundung finden würden. Wie die Beschäftigten sagen, würde es am besten sein, sowie Unruhen in Natal sich zeigen, einen großen Vorrath von Geschützen, Martini-Gewehren und Munition so schnell als möglich nach Südafrika zu senden, um die dortigen Kolonisten zu bewaffnen. Zur selben Zeit könnten die Bässe, durch die die Bahnverbindungen führen, besetzt und besichtigt werden, und man müßte Schritte thun, um die Buren zu verhindern, den ganzen nördlichen Theil von Natal zu besetzen. Es würde eine schwierige Aufgabe sein, den gesuchten Theil Südafrikas nördlich des Kap zu erobern und dies wird nöthig werden, wenn nicht rechtzeitige Vorkehrungen getroffen werden. In der Kapkolonie kommen drei bewaffnete Buren auf zwei unbewaffnete englische Kolonisten, die Buren sind organisiert, die Engländer nicht.

**San Francisco** Anfang März. Ueber den bereits im December ausgebrochenen, weit verbreiteten Aufstand der Eingeborenen der Gesellschaftsinseln gegen die französische Herrschaft sind hier mittelst Postdampfer mehrere Verächte eingelaufen. Diese dichtbevölkerte Gruppe ist der bedeutendste französische Besitz in der Südsee. Kapite auf der Insel Tahiti ist die Hauptstadt und Sitz des französischen Gouverneurs. Seit dessen Antritt im Vorjahre die Unruhen begannen. Die Eingeborenen beschwerten sich über die übertriebenen Steuern, verweigerten deren Zahlung, rotheten sich unter Anführung ihrer Fürstin Moro und Tiraupa, des obersten Häuptlings, besonders auf den Inseln Maitea, Tahaa, Opoo, Taraitoa, zu bewaffnetem Widerstande zusammen und zogen an einzelnen Plätzen in der Hoffnung auf britische Hülf, die englische Flagge auf. Der Aufruf des Gouverneurs, die Waffen niederzulegen, sich bedingungslos den Truppen zu ergeben und sich auf andere Inseln der Gruppe überführen zu lassen, wurde von den Aufständischen unbeachtet gelassen. 700 Truppen begaben sich auf dem Transportschiffe „Aube“ und der Fregatte „Duguay-Trouin“ zunächst nach den Inseln Maitea und Tahaa, deren Dörfer bombardirt und zerstört wurden, ebenso wie die Hauptorte der Inseln Taraitoa und Opoo. Auf Taraitoa stellten sich den Truppen bei der Landung etwa 100 mit Gewehren bewaffnete Aufständische entgegen und vertheidigten sich mit Erbitterung. Der größere Theil wurde von den Franzosen mit den Bajonetten niedergestochen, bald war das Schlachtfeld mit Leichen und Verwundeten besetzt, und der Rest suchte sein Heil in der schleunigsten Flucht. Auf diesen Inseln ist, trotz der Zerstörung der Dörfer und Wohnstätten, der Verwüstung der Saaten und der Flucht und Niederermegung der Eingeborenen, der Aufstand durchaus nicht unterdrückt. Die Auführer haben sich mit Frauen und Kindern meist in die schwerer zugänglichen Berge zurückgezogen und sind zu äußerster Widerstande entschlossen. Nur auf den Tahai zunächst liegenden Inseln haben sich die Einwohner unterworfen, und nur gegen 600 sich entzweit und nach Moroa geschafft worden. Es wird den Truppen noch blutige Kämpfe kosten, ehe es gelingt, die Flüchtlinge aus den Bergen zu treiben und der Leiter des Aufstandes habhaft zu werden.

Stettin, 27. März. Wir konnten in  
einigen Tagen mittheilen, daß der Stapel  
auf des Schnell dampfers „Kaiser Wilhelm  
der Große“ am 4. Mai auf der Werft des „Vulkan-  
statens“ wird. Weiterem Vernehmen na-  
ch wird der Kaiser diesem bedeutungsvollen Fest-  
beiwohnen und wird dadurch den Bestellen in  
den Erbauern dieses gewaltigen Schiffes ei-  
ne ganz besondere Ehre zu Theil werden.

— Am 1. April, dem Geburtstage  
Fürsten Bismarck, wird in Naugard  
Denkmal desselben enthüllt werden.

Die Führung des Herrn Stadtbaurat Strafe besichtigte gestern Nachmittag die Baudeputation die neuen Hafenanlagen und wurde sodann in der Kantine die ordnungsmäßige Sitzung abgehalten, bei der folgende Beschlüsse gefaßt wurden: Die Aufträge zur Lieferung und Arbeiten für den Hafenausbau sind der Baudeputation zur Vergebung gelangen: an die Firma Hüttig in Berlin die Lieferung von 363zern Walz- und Weidenschienen für 30 244,80 Mark, an die Firma August Böhmer u. Co. in Neustadt-Magdeburg die Lieferung von drei Zementmaschinen zum Preise von 2090 Mark pro Stück, ferner die Glaserarbeiten einschließlich Materiallieferung für die Neubauten des Maschinen- und Kesselhauses, des Lokomotivschuppens und zweier Railshuppen an den Glasermeister G. G. G. hierseits für 4544,50 Mark. Weiter wurde an vergeben die Lieferung des auf 25 000 Sack veranschlagten Bedarfs an Zement für den Neubau der dritten Oberbrücke, welche erhielt die Zementfabrik „Stern“ (Finkenwalde) auf ein Angebot von 1,74 Mk. per Sack. Seitens der Baudeputation wurde die Firma Stettin-Bredow Zementfabrik der Zuschlagserteilung auf ein Angebot zur Lieferung von 2700 Tonnen Portlandzement für Neubau- und Reparaturbauten an südlichen Gebäuden. Der Preis beträgt 5,50 Mark pro Tonne oder 1,10 Mark per Sack.

— *Die Angelegenheit des Pro-*  
bigers Dr. Scipio, dem die Bestätigung seiner Wahl für die Dortheimstädtische Kirche Berlin seitens des Konfistoriums der Provinz Brandenburg bekanntlich verweigert worden ist. —

Schickte den Berliner Magistrat in der gestrigen längeren Zeit. Vennstandes ist sonderbarer Weise nicht die Probedeputat vom vorigen Jahres, sondern die Galtprobedeputat, Dr. Scipio am 8. März 1896 gehalten. Es sind zwei Gründe, welche das Konfistorium als solche anführt, die es bestimmt hätten, Herrn Scipio die Bestätigung zu verweigern. Der erste ist die angeblich abfällige Beurtheilung Wunders der Heilung des Stummen durch Christus, der andere eine zu geringe Schätzung des Symbolismus Romanum. Der Magistrat beschloß, die Berufung an den Oberkirchenrat einzulegen. Ebenso wird Dr. Scipio seine Beschwerde führen. Wie Proteste behandelt werden, je nachdem sie der herrschenden Richtung bequemen sind oder nicht, zeigt die Angelegenheit Scipio recht deutlich. Die Zahl der gegen Proteststenden beträgt 66, für Scipio hat sich gegen eine mit fast 300 Unterfertigten gezeichnete Adresse ausgesprochen. Der Berliner Magistrat wird voraussichtlich die amtlichen Schriften hinsichtlich dem Druck übergeben.

— Ihr 25jähriges Geschäft  
Fuhrläun bezieht am heutigen Tage.

an Maria Hartwig geb. Scheffler, indem dieselbe  
1872 am 27. März ihr Buzatellier begründet hat,  
in welchem seit dieser Zeit gegen 200 ju

— Zum bevorstehenden Schulschluß mel-  
 sich wieder viele junge Leute bei den Gerid-  
 tshöfen und hiesigen Rathshausen einstellten.

zu stiz anwärter zur Vorbereitung für  
Aktuariatsprüfung zu erlangen. Eine Erku-  
nung bei dem Kammergericht hat nun aber



